

Ombudsstelle SRG.D

Dr. Esther Girsberger, Co-Leitung
Dr. Urs Hofmann, Co-Leitung
c/o SRG Deutschschweiz
Fernsehstrasse 1-4
8052 Zürich

E-Mail: leitung@ombudsstellenrgd.ch

Zürich, 11. April 2024

**Dossier Nr. 9987, «Tagesschau Hauptausgabe» vom 8. März 2024 –
«Protest gegen Tesla bei Berlin»**

Sehr geehrter Herr XY

Besten Dank für Ihr Mail vom 10. März 2024, worin Sie obige Sendung wie folgt
beanstanden:

<https://www.srf.ch/play/tv/redirect/detail/249e160f-edfc-46e9-b519-8c4f980afcc3>

*«Sehr einseitiger (negativer) Bericht. Es kommen nur negative Stimmen zu Wort. Der
Eindruck entsteht, dass Tesla das ganze Grundwasser vergiftet, das entspricht nicht den
Tatsachen!*

Bei solchen Berichten müssen meiner Meinung nach beide Seiten angehört werden!»

Die Redaktion hat folgende Stellungnahme verfasst:

Der Beanstander erwähnt einen wichtigen journalistischen Grundsatz: Es müssen beide
Seiten angehört werden. Nur: Im konkreten Fall wollte Tesla nicht Stellung nehmen. Die
Journalistin hat sich um eine Stellungnahme von Tesla bemüht und hätte die Sichtweise des
Unternehmens sehr gerne im Beitrag gehabt. Doch leider blieben ihre Interviewfragen an
Tesla unbeantwortet - sowohl im Hinblick auf die TV-Berichterstattung als auch im Hinblick
auf die Radio-Berichterstattung. Das Unternehmen hat also bewusst darauf verzichtet, sich
zu den Vorwürfen zu äussern.

Immerhin kam im Bericht der Brandenburgische Wirtschaftsminister Steinbach zu Wort. Dieser machte in seiner Aussage sehr deutlich, was das kritisierte Unternehmen der Region in wirtschaftlicher Hinsicht bringt. Wörtlich sagte er im Beitrag:

Jörg Steinbach, Wirtschaftsminister Brandenburg /SPD

«Mit dieser Ansiedlung sind erst mal 12'500 Arbeitsplätze geschaffen worden. Aber es ist vor allem ein Magnet für Folgeinvestitionen gewesen. Und das stellt im Augenblick einen Riesenfortschritt in der wirtschaftlichen Leistung dar, wir haben fast keine Arbeitslosigkeit mehr.»

Anders als der Beanstander meint, erweckt der Beitrag unseres Erachtens nicht den Eindruck, dass "Tesla das ganze Grundwasser vergiftet". Wörtlich lautete die Passage im Beitrag:

Das Werk steht in einem Wasserschutzgebiet, die Tesla-Abwässer überschreiten Grenzwerte. Doch mit welchen Chemikalien bei Tesla hantiert wird, wissen die Experten nicht.

Jörg Lewandowski, Forschungsgruppenleiter Leibnitz-Institut für Gewässerökologie IGB

«Das ist so ein bisschen das Problem: Tesla ist damit beauftragt worden, sich selbst zu überwachen. Das heisst, als Externer kann man eigentlich erst Verunreinigungen feststellen, wenn das Kind sozusagen schon in den Brunnen gefallen ist und die Verunreinigungen sich schon grossflächig im Grundwasser leider verteilt haben.»

Dass Tesla-Abwässer gewisse Grenzwerte überschreiten, ist erwiesen (Bericht des Wasserverbands Strausberg-Erkner) und wird von Tesla auch nicht bestritten: Der Grenzwert für Phosphor liegt bei 0,5 Milligramm pro Liter, im Schmutzwasser von Tesla wurden teilweise Werte von 2,47 bis 3,37 Milligramm gemessen. Beim Stickstoff sind es Spitzenwerte von 220 und 240 Milligramm pro Liter, der Grenzwert liegt bei 50 Milligramm. Mit welchen Chemikalien in der Grossfabrik gearbeitet wird, kommuniziert Tesla nicht. In seinem Statement drückt der Experte des Leibnitz-Instituts deshalb aus, was Wasserspezialisten befürchten: Dass die fehlende externe Kontrolle dazu führen könnte, dass eine aufgrund der bereits festgestellten Grenzwertüberschreitungen mögliche Verunreinigung erst zu spät festgestellt wird.

Zusammenfassend: Die fehlende Stellungnahme von Tesla ist dadurch begründet, dass das Unternehmen darauf verzichtet hat. Der Kritik an Tesla wird die Stimme des Wirtschaftsministers gegenübergestellt, der die Verdienste des Unternehmens für die Region herausstreicht. Die erwähnten Grenzüberschreitungen in den Gewässern sind belegt, von einer "Vergiftung des Grundwassers" war im Beitrag zudem nicht die Rede.

Die **Ombudsstelle** hat sich den Beitrag angesehen und hält abschliessend fest:

Die Reportage zeigt den bekannten Konflikt rund um das Tesla-Werk im brandenburgischen Grünheide: Arbeitsplätze und kaum vorhandene Arbeitslosigkeit versus Wasserverbrauch, Umweltverschmutzung und Waldrodungen, ausgehend vom Brandanschlag einer linksextremistischen Gruppe auf einen Strommast in der Nähe des Werks im März 2024.

Die Situation wird korrekt geschildert: Die für den Ausbau des Werkgeländes vorgesehene Rodung in einem Landschaftsschutzgebiet stösst auf breite Ablehnung bei der Bevölkerung aus der Region vor allem wegen der überschrittenen Grenzwerte, was unbestritten ist. Zu Wort kommen (neben Wirtschaftsminister Jörg Steinbach, der sich zu den wirtschaftlichen Vorteilen äussert) Aktivisten und ein unabhängiger Experte für Gewässerökologie. Er äussert sich dazu, dass nicht bekannt ist, welche durch Tesla verwendeten Chemikalien die Abwasser-Verunreinigungen verursachten. Zurückzuführen sei dies auf die Selbstkontrolle durch Tesla. Diese Aussage hätte allerdings für die Meinungsbildung des Publikums Tesla vorgelegt werden müssen. Es geht ja nicht nur um die unbestritten überschrittenen Grenzwerte, sondern auch darum, welche Chemikalien verwendet werden.

Wenn das Unternehmen, wie die Redaktion glaubwürdig schreibt, für einen Kommentar eingeladen worden sei, dieses sich aber nicht äussern wollte, hätte das im Bericht gesagt werden müssen. In diesem Punkt stellt die Ombudsstelle deshalb eine **Verletzung des Sachgerechtigkeitsgebots gemäss Art. 4 Abs. 2 des Radio- und Fernsehgesetzes** fest.

Wir danken Ihnen für Ihr Interesse am öffentlichen Sender und hoffen, dass Sie diesem trotz Ihrer Kritik treu bleiben.

Sollten Sie in Erwägung ziehen, den rechtlichen Weg zu beschreiten und an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) zu gelangen, lassen wir Ihnen im Anhang die Rechtsmittelbelehrung zukommen.

Mit freundlichen Grüssen

Ombudsstelle SRG Deutschschweiz